Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4377

19. 04. 89

Sachgebiet 1101

Antrag

der Abgeordneten Schreiner, Westphal, Bulmahn, Paterna, Vosen, Catenhusen, Fischer (Homburg), Ganseforth, Grunenberg, Lohmann (Witten), Nagel, Seidenthal, Vahlberg, Bernrath, Dr. Klejdzinski, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Technikfolgenabschätzung und -gestaltung beim Deutschen Bundestag

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Technikfolgenabschätzung und -gestaltung sind notwendig und müssen als wichtige Form der Politikberatung dem Parlament für die dort zu treffenden politischen Entscheidungen über die Nutzung technischer Entwicklungen sowie die Verhinderung von Gefahren für Mensch und Natur nutzbar gemacht werden.

2. Der Deutsche Bundestag soll seine bewährten Beratungsinstrumente (z. B. Enquete-Kommission, Wissenschaftlicher Dienst, Anhörungen) weiter nutzen. Soweit möglich, können sie für die parlamentarische Technikberatung ergänzende Aufgaben wahrnehmen.

3. Technikabschätzung soll von Fachausschüssen des Deutschen Bundestages angeregt werden können. Dabei ist ein qualifizierter Minderheitsschutz zu gewährleisten. Die Vergabe von Aufträgen durch den Präsidenten/die Präsidentin des Deutschen Bundestages erfolgt aufgrund von Entscheidungen eines neu einzurichtenden Ausschusses für parlamentarische Technikberatung.

4. Der Deutsche Bundestag benötigt eine wissenschaftliche Einheit, die

   — dem Ausschuß für parlamentarische Technikberatung zuarbeitet,

   — Verbindung zu den Instituten hält, in denen vom Deutschen Bundestag vergebene Aufträge bearbeitet werden,

   — dafür Sorge trägt, daß Studien eine für die parlamentarische Beratung geeignete Fassung erhalten,

   — einzelne Aufträge in Ausnahmefällen selbst bearbeiten kann.

   Die wissenschaftliche Einheit bedarf 15 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit mittelfristigen Verträgen.

5. Es widerspricht bisherigen Erfahrungen, wissenschaftliche Forschung als Teil einer Verwaltungsstruktur zu organisieren. Die Integration wissenschaftlicher Forschung in die Bundestagsverwaltung würde nicht die erforderliche Unabhängigkeit garantieren. Technikabschätzungen für das Parlament sollen in der Regel als Aufträge an interdisziplinär ausgestattete wissenschaftliche Institute vergeben werden. Der Deutsche Bundestag benötigt dafür künftig einen gesonderten Mittelansatz im Einzelplan 02 des Bundeshaushalts.

6. Den vom Deutschen Bundestag vergebenen Aufträgen kann jeweils ein Beirat zugeordnet werden, in dem Parlamentarier/innen mit Vertretern/Vertreterinnen betroffener gesellschaftlicher Gruppen gemeinsam das Forschungsprojekt beratend begleiten.

Bonn, den 19. April 1989

Schreiner
Westphal
Bulmahn
Paterna
Vosen
Catenhusen
Fischer (Homburg)
Ganseforth
Grunenberg
Lohmann (Witten)
Nagel
Seidenthal
Vahlberg
Bernrath
Dr. Klejdzinski
Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333